

**Motion Fraktion SVP/JSVP (Thomas Weil, SVP): Finanzprobleme bei der Errichtung einer Abteilung für Kunst der Gegenwart im ehemaligen Progymnasium – Neuüberarbeitung des Projekts! Ausarbeiten eines neuen Nutzungskonzepts der Liegenschaft mit Wohnen, Dienstleistungs- und Atelierräumen schafft Arbeitsplätze und Wohnraum**

Der Medienmitteilung des Gemeinderats vom 17. November 2004 kann entnommen werden, dass der Gemeinderat die für den 25. November 2004 im Stadtrat traktandierete Vorlage zur „Übertragung eines Teils des ehemaligen Progymnasiums an die Stiftung Kunstmuseum Bern zur Errichtung einer Abteilung für Gegenwartskunst“ zu verschieben beabsichtigt. Laut Gemeinderat fehle eine wichtige (die wohl wichtigste!) Grundlage, nämlich das Schenkungsversprechen von Herrn Hansjörg Wyss. Er hatte sich verpflichtet, dieses der Stadt bis Ende Oktober 2004 zu unterbreiten.

Die Kosten der erforderlichen baulichen Massnahmen (bauliche Sanierung und Einbau der Abteilung Gegenwartskunst inkl. Architekturwettbewerb) belaufen sich gemäss einer Machbarkeitsstudie auf 21.034 Mio Franken (geschätzt). Dieses Angebot wurde nur deshalb möglich, weil zwei Private bereit sind, die nötigen Mittel beizusteuern: Die Stiftung Kunsthalles/Gegenwart übernimmt 4 Mio Franken und Hansjörg Wyss 17 Mio Franken. Der Hauptbetrag von 17 Mio Franken steht jetzt aus, so dass das Projekt gar nie realisiert werden könnte.

Tatsache ist, dass im März 2003 das Kunstmuseum Bern zum Schluss kam, mit einer Mietdauer von 10 Jahren lasse sich eine Abteilung für Gegenwartskunst durch Dritte nicht finanzieren. Die Mietdauer sei zu verlängern. Zudem ergab sich zwischen dem Mietzins von 300 000 Franken, der im Leistungsvertrag 2004 bis 2007 mit dem KMB vorgesehen ist und der von der StaBe angestrebten Miete von rund 887 000 Franken ein ungedeckter Fehlbetrag von 587 000 Franken!

Der für die Zeit vom 1. Januar 2004 bis Ende 2007 abgeschlossene Leistungsvertrag verpflichtet die Stiftung Kunstmuseum Bern im ehemaligen Progr eine Abteilung für Gegenwartskunst einzurichten. Die Stadt will dem KMB ein unentgeltliches Baurecht auf 50 Jahre einräumen. Zudem soll die Stadt dem KMB für die gleiche Zeitdauer 60 % des Gebäudes im geschätzten Wert von 6.78 Mio Franken gratis als Eigentum übertragen. Ohne noch detaillierter auf Zahlen einzugehen, kann bereits den bisherigen Ausführungen eindeutig entnommen werden, dass es sich bei dieser Vorlage um ein Verlustgeschäft handelt, bei dem letztlich die bernischen Steuerzahlenden gerade stehen müssen.

Der Hauptsponsor lässt womöglich das ganze Projekt platzen. Nicht von ungefähr hat die FPI dem Gesamtgemeinderat am 16. August 2004 den Antrag gestellt, auf das Geschäft nicht einzutreten, da es zu teuer sei. Der RGM dominierte Gemeinderat ist auf diesen Antrag nicht eingetreten.

In Anbetracht der hohen Finanzbeiträge und -ausfälle und der ebenfalls düsteren Finanzukunft des Kleemuseums wird der Gemeinderat beauftragt, auf die Schenkung von Hansjörg Wyss in der vorliegenden Form zu verzichten. Anstelle einer Museumslösung ist eine Vorlage auszuarbeiten, welche in den Räumen des ehemaligen Progymnasiums eine gemischte Nutzung (Wohnen, Dienstleistung, Ateliers usw. ...) vorsieht. Dem Stadtrat sind die notwendigen Kredite und zonenplanrechtlichen Änderungen zu unterbreiten.

*Motion Fraktion SVP/JSVP* (Thomas Weil, SVP), Vinzenz Bartlome, Beat Schori, Margrit Thomet, Ueli Jaisli, Hans Ulrich Gränicher, Peter Bernasconi, Erich Ryter, Peter Bühler

### **Antwort des Gemeinderats**

Am 8. Dezember 2004 hat der Gemeinderat die Vorlage „Übertragung eines Teils des ehemaligen Progymnasiums an die Stiftung Kunstmuseum Bern (KMB) zur Errichtung einer Abteilung für Kunst der Gegenwart“ zurückgezogen, nachdem Herr Hansjörg Wyss sein schriftlich abgegebenes Schenkungsversprechen aufgelöst hatte. Der Gemeinderat nahm zur Kenntnis, dass Herr Wyss sein Engagement für die Gegenwartskunst in Bern nicht in Frage stellt und vom KMB die Entwicklung eines neuen Projekts nach seinen Vorstellungen erwartet. Das Projekt des KMB ist gediehen. Zu seiner finanziellen Sicherung und politischen Konsolidierung fehlt nur noch wenig.

Nachdem der in Aussicht genommene Zweck weggefallen ist, muss die Verwendung des ehemaligen Progymnasiums neu bestimmt werden. Der Gemeinderat hat die Präsidialdirektion in Verbindung mit der Direktion für Finanzen, Personal und Informatik beauftragt, ihm bis nach den Herbstferien alle Möglichkeiten einer zweckmässigen künftigen Nutzung des Gebäudes unter Einschluss einer Überbauung des Hofes vorzulegen. Dazu gehören Nutzungen, wie sie die Motion nennt. Je nach Wahl der weiterzuverfolgenden Möglichkeiten wird der Gemeinderat dem Stadtrat das weitere Vorgehen beantragen.

### **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.

Bern, 15. Juni 2005

Der Gemeinderat